

**Stellungnahme der Grünen auf Fragen von WIDE (www.wide-netzwerk.at)
zu TTIP und gendergerechter Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit
vor der Europaparlamentswahl am 25. Mai 2014**



DIE GRÜNEN - Thomas Waitz zu TTIP

1. Wie stehen Sie zur Vorgangsweise der TTIP-Verhandlungen?

Ich verlange volle Transparenz bei den Verhandlungen und eine ausgewogenen Vertretung der Zivilgesellschaft in den Berater Stäben.

2. Was werden Sie als EU-ParlamentarierIn tun, damit Transparenz, Mitsprache und Information für EU-BürgerInnen gewährleistet werden?

Derartige Initiativen unterstützen und gegebenenfalls persönlich dafür sorgen das Informationen an die Öffentlichkeit gelangen.

3. Das TTIP soll zu Wohlfahrtseffekten führen. Welche Wohlfahrtseffekte sehen sie, die das TTIP für Frauen und Mädchen bringen wird?

Gar keine, von diesem Abkommen würden vor allem internationale Konzerne profitieren.



DIE GRÜNEN - Michel Reimon zu TTIP

1. Wie stehen Sie zur Vorgangsweise der TTIP-Verhandlungen?

Ich lehne das TTIP ab, und zwar sowohl die vorgangsweise als auch die bekannten Inhalte der Verhandlungen und arbeite auf deren Abbruch hin

2. Was werden Sie als EU-ParlamentarierIn tun, damit Transparenz, Mitsprache und Information für EU-BürgerInnen gewährleistet werden?

Recherche und Veröffentlichung möglichst detaillierter Informationen zu Verhandlungen und Inhalt des TTIP sind wichtiger Teil meines Wahlkampfes und Jobverständnisses danach.

3. Das TTIP soll zu Wohlfahrtseffekten führen. Welche Wohlfahrtseffekte sehen sie, die das TTIP für Frauen und Mädchen bringen wird?

Ich sehe keine relevanten Vorteile.



DIE GRÜNEN - Ulrike Lunacek

1. Frauenrechte in der Entwicklungspolitik

Was kann aus Ihrer Sicht bis 2015 und darüber hinaus getan werden, damit in der EU-Entwicklungszusammenarbeit stärker als bisher die Lebensrealitäten von Mädchen und Frauen berücksichtigt und Frauenrechte gefördert werden?

Die "Post 2015 Development Agenda" erfordert einen neuen Genderaktionsplan und ein neues Genderkonzept, um die Lebensrealitäten von Mädchen und Frauen stärker als bisher zu fördern. Die aktuelle Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Umweltpolitik verstärkt soziale Ungleichheit und Armut, behindert Geschlechtergerechtigkeit und damit die Überwindung patriarchaler Gesellschaftsstrukturen, perpetuiert den Klimawandel und Umweltkatastrophen.

Wie werden Sie sich für eine Stärkung der sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen und Mädchen einsetzen?

Ulrike Lunacek, die Spitzenkandidatin der österreichischen Grünen für die EU-Wahl, ist seit Mitte der 80er Jahre in der feministisch-entwicklungspolitischen Arbeit aktiv (z.B. Frauensolidarität, ÖIE und Südwind) und war Mitbegründerin von WIDE. 1994 war sie als NGO-Delegierte bei der UNO-Weltbevölkerungskonferenz in Kairo, wo sie sich bereits für sexuelle und reproduktive Rechte einsetzte.

Im Dezember 2013 hat das Europäische Parlament über den sogenannten Estrela-Bericht abgestimmt. Dieser hat den Schutz der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte (SRHR: Sexual and Reproductive Health and Rights) zum Inhalt. Der Bericht wurde aufgrund des Drucks ultrakonservativer und reaktionärer PolitikerInnen jedoch abgelehnt. Während der neuen Legislaturperiode gilt es nun einen erneuten Versuch für mehr sexuelle und reproduktive Rechte zu starten. Die große Herausforderung wird dabei sein AnhängerInnen der Anti-Choice Bewegung davon zu überzeugen, dass SRHR ein grundlegendes Element der Menschenwürde sind. Hohe Gesundheitsstandards können nur dann erreicht werden, wenn die reproduktive und sexuelle Gesundheit und die damit verbundenen Rechte uneingeschränkt geachtet und gefördert werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist Aufklärungsarbeit im SRHR Bereich. Die Grüne Fraktion im EP hat deshalb ein anschauliches Video produziert, in dem mit all den Mythen, die sich rund um SRHR ranken, aufgeräumt wird:

<https://www.youtube.com/watch?v=MJyL-v8ZpfA>

2. Politikkohärenz für Entwicklung: Handels-, Umwelt- und Klimapolitik

Was werden Sie tun, um Maßnahmen, die im Widerspruch zum Politikkohärenzgebot stehen und Frauen den Zugang zu Land, Saatgut und lokalen Märkten erschweren oder unmöglich machen, zu entschärfen oder ganz rückgängig zu machen?

Es ist überfällig, dass der Zugang zu Land und die Nutzung von Saatgut und lokalen Märkten und Ressourcen auf der Grundlage bestehender Menschenrechtsabkommen wirksam geregelt wird. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern werden die Frauen nach wie vor durch tradiertes Erb- oder Familienrecht diskriminiert und haben kaum Einfluss auf Landnutzungsplanungen. Und dort, wo sie diesen Einfluss haben, sind Landnutzungs- und Eigentumsrechte von Frauen besonders gefährdet durch das 'Landgrabbing'. Ob direkt über Landraub oder indirekt über unbezahlbar werdenden Pachtpreise, die Jagd weltweit agierender Konzerne und nationaler Eliten bedeutet vor Ort meist Hunger und Armut. Die freiwilligen Leitlinien für verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern vom Ausschuss für Welternährungssicherheit der Vereinten Nationen (CFS) sind ein Schritt in die richtige Richtung zu sicheren Zugangsrechten zu Land und anderen produktiven Ressourcen für Menschen in ländlichen Gebieten. Darüber hinaus fordern wir die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, im Rahmen ihrer Entwicklungshilfe ausreichende Finanzmittel bereitzustellen, um die geschlechterspezifischen Unterschiede in Bezug auf den gesicherten Zugang zu Land- und anderen Eigentumsrechten aufzuheben, auch durch die Beseitigung jeglicher Form der Diskriminierung von Frauen kraft Gesetzes.

Die Stärkung der Rechte von Frauen, Zugang zu Land, Bildung und Technologie muss ein Schwerpunkt in der EU Entwicklungspolitik werden. Wenn Frauen denselben Zugang zu Land, Dünger, Saatgut, Werkzeug und Krediten hätten wie Männer, könnten ihre Erträge um 20 bis 30 Prozent steigen. Genug, dass 150 Millionen Hungernde satt werden¹;

Wie kann das Europäische Parlament zur Formulierung und Implementierung einer geschlechtersensiblen globalen Nachhaltigkeitsagenda beitragen?

In der Entschließung zur "Festlegung zu den Millenniums-Entwicklungszielen- Festlegung der Rahmenvorgaben für die Zeit nach 2015" (A7-016/2013) hat sich das Europäische Parlament detailliert Geschlechtergerechtigkeit für alle Bereiche des gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Lebens als vorrangiges und eigenständiges Ziel der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit gefordert²

Auf der Grundlage dieser Entschließung fordern die Grünen weitergehend:

- Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Programmen und Projekten
- Beseitigung von Armut als vorrangiges Ziel der EU-Entwicklungszusammenarbeit³
- spezifische Programme zur weiteren Stärkung der Position von Frauen, ihrer sozioökonomischen Unabhängigkeit, Zugang zu Mikrokrediten
- Zugang zu hochwertigen Bildungsabschlüssen für Mädchen und Frauen (auf Grundschul- Sekundar- und Hochschulebene) und Ausbildung, intensive Förderung von beruflicher Bildung,
- Konkrete Schritte zur Schaffung grundlegender Gesundheitssysteme und Zugang zu qualitativ hochwertiger und flächendeckender

¹ Diakonie, Brot für die Welt, 7 März 2014 Internationaler Frauentag: Weltweite Ernährungssicherheit liegt in den Händen von Frauen

²EP Entschliessung A7 - 0165/2013

³DEVE report Goerens, 6 Mai 2013, Par. 11

Gesundheitsversorgung mit dem Schwerpunkt auf Vorsorge, Prävention und Behandlungen auch im Zusammenhang mit sexueller und reproduktiver Gesundheit und den damit verbundenen Rechten sowie HIV/AIDS,⁴

- Durchsetzung der sexuellen und reproduktive Rechte der Frauen,
- Gewährleistung eines universalen Zugangs zu den gesundheitlichen Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, Senkung der Mütter-, Säuglings- und Kindersterblichkeit
- Konsequente Bekämpfung der häuslichen und sexualisierten Gewalt gegen Frauen und Mädchen (sexuelle Belästigung, Vergewaltigung, sexueller Missbrauch, Zwangsprostitution, Versklavung, Ausbeutung, Morde, Genitalverstümmelung, Zwangsheirat)
- Prävention von Gewalt und Diskriminierung, insbesondere von sexueller Gewalt gegen Mädchen und Frauen sowie umfassende und für alle zugängliche Schutzsysteme und Schutzeinrichtungen,
- Uneingeschränkte und gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an Entscheidungsfindungen im öffentlichen Leben, sei es im politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder ökologischen Bereich,
- Unterstützung von Frauen im ländlichen Raum, insbesondere durch Zugang zu Erb- und Eigentumsrechten, durch technisches Know-How und Ausbau einer frauengerechten Infrastruktur
- Bewertung der Millenniums-Entwicklungsziele für die Zeit nach 2015 konsequent auf der Grundlage des Index für geschlechtsspezifische Ungleichheit (Gender Inequality Index GII),

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Frauen in Entwicklungsländern Zugang zu Mitteln für klimarelevante Projekte finden?

In dem von der Grünen Fraktion im EP initiierten Bericht des Frauenausschuss zu "Frauen und Klimawandel" hat das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 20 April 2012 (A7-49/2012) "mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die Prioritäten und Bedürfnisse von Frauen im Rahmen der Finanzierungsmechanismen berücksichtigt werden müssen und dass Organisationen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, Frauen in die Entwicklung von Finanzierungskriterien und die Mittelzuweisung für den Klimawandel betreffende Initiativen, insbesondere auf lokaler Ebene, einschl. der Tätigkeiten des globalen Klimaschutzfonds, einzubinden sind" (Par. 42)

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Verhandlung befindliche EU-Freihandelsverträge in Bezug auf ihre Auswirkungen auf die Demokratie, Geschlechtergleichstellung, Arbeitsrechte und Umweltstandards in allen beteiligten Ländern überprüft werden?

Die Grünen im Europäischen Parlament haben wiederholt (in Änderungsanträgen, eigenen Initiativberichten wie Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Mexico und Lateinamerika) die Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Gewalt gegen Frauen und die geschlechtsspezifische Dimension von Menschenrechtsverletzungen auf internationaler Bühne anzusprechen, insbesondere

⁴ EP Bericht Goerens, Par. 24

im Rahmen bestehender und zur Verhandlung stehender bilateraler Assoziierungsabkommen und internationaler Handelsabkommen;

Wie stehen Sie zum Mechanismus privater Schiedsgerichte in Investitionsabkommen?

Nachhaltige Außenwirtschaftspolitik sollte die Interessen der Investoren mit jenen der Gastländer und ihren Bevölkerungen in Einklang bringen. Dabei ist es für uns Grüne eine Selbstverständlichkeit, dass der Investitionsschutz mit der verpflichtenden Einhaltung von Menschenrechten, als auch sozialen und ökologischen Standards einhergehen muss. In der Praxis ist die derzeitige Ausgestaltung der Investitionsschutzabkommen und der internationalen Investitionsschiedsgerichtsbarkeit weit entfernt von den Ansprüchen, die wir Grüne an eine nachhaltige Außenwirtschaftspolitik haben. Die Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit wurde erst ab den 90er Jahren vermehrt in Investitionsschutzabkommen verankert. Seit der Jahrtausendwende ist die Zahl der Schiedsverfahren stark angestiegen. Die Kritik wird gleichzeitig immer lauter. So hat zum Beispiel die australische Regierung 2011 beschlossen, keine Möglichkeit mehr zur Einleitung eines Investor-Staat-Verfahrens in Investitionsschutzabkommen aufzunehmen. Eine Reform der Investitionsschutzabkommen und der Schiedsgerichtsbarkeit wird also immer dringender.

3. Entwicklungsfinanzierung

Die EU hat sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zwar einen Gender Action Plan, aber hinsichtlich der Mittelausstattung kein konkretes Ziel zu Frauenförderung und Gender-Mainstreaming gesetzt.

Werden Sie sich für Gender-Budgeting in der EU-Entwicklungszusammenarbeit einsetzen? Welche Handlungsspielräume sehen Sie dafür in den nächsten Jahren?

Die "Post 2015 Development Agenda" bietet uns die Gelegenheit, Gender-Budgeting in der EU-Entwicklungszusammenarbeit zu thematisieren. Aber auch in den jährlichen Haushaltsdebatten werden wir unsere Forderungen zum Gender-Budgeting formulieren

Wie werden Sie sich für mehr Verteilungsgerechtigkeit in der EU sowie in Bezug auf die Länder des globalen Südens einsetzen – durch welche Maßnahmen?

Im Rahmen der Diskussionen zur Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung (EP Bericht A7-161/2014) haben die Grünen im EP die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und die Partnerländer aufgefordert, dafür zu sorgen, dass in den neuen Entwicklungsrahmen für die Zeit nach 2015 ein die PKE (Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung) betreffendes Ziel aufgenommen wird, das es ermöglicht, zuverlässige Indikatoren zu entwickeln, um die Fortschritte der Geber und der Partner im Süden zu messen und die Auswirkungen der Politik in den verschiedenen Bereichen auf die Entwicklung zu bewerten, indem insbesondere Kernfragen wie Bevölkerungswachstum, weltweite Ernährungssicherheit, illegale Finanzströme, Migration, Klima und grünes Wachstum unter einem PKE spezifischen Blickwinkel betrachtet werden.

4. Politische Partizipation

Bei der Artikulation spezifischer Anliegen von Frauen spielen Frauenorganisationen eine wichtige Rolle. Im Europäischen Konsens für Entwicklung (2005) ist sowohl die Gleichstellung der Geschlechter als auch der Dialog mit der Zivilgesellschaft als eines der Grundprinzipien verankert.

Wie sollen Ihrer Meinung nach Frauen in den entwicklungspolitischen Dialog einbezogen werden?

Die fachlichen Kompetenzen, Erfahrungen und die guten Kontakte zu den Herkunftsländern von Migrantinnen und Migranten bekamen lange Zeit in der Entwicklungspolitik keine bedeutende Aufmerksamkeit. In der Entwicklungspolitik der EU Mitgliedstaaten gilt es zu ermöglichen, dass Menschen mit Migrationshintergrund ihre internationalen Kompetenzen verstärkt einbringen und dass sie die Entwicklungspolitik mit ihren Fähigkeiten und Kenntnissen aus ihren Heimatländern aktiver mitgestalten können.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass jene Mittel der EU-Entwicklungszusammenarbeit, die direkt Frauenorganisationen oder –Institutionen zugute kommen, erhöht werden?

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich zu einer Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung auf 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts bis 2015 verpflichtet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Frauenorganisation und -Institution von dieser Erhöhung profitieren.

Darüber hinaus werden wir uns insbesondere dafür einsetzen, dass für den von der Europäischen Union geschaffenen Finanzrahmen auch für die "Post 2015 Entwicklungspolitik" für die Durchführung von Maßnahmen im Bereich der reproduktiven und sexuellen Gesundheit und der damit verbundenen Rechte ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden, mit dem insbesondere das Recht jedes Einzelnen auf eine gute reproduktive und sexuelle Gesundheit garantiert wird, jedem den Zugang zu einem vollständigen Angebot an Versorgungs- und Dienstleistungen ermöglicht und die Müttersterblichkeit verringert werden soll⁵.

⁵http://europa.eu/legislation_summaries/development/sectoral_development_policies/r13005_de.htm, Verordnung 1567/2003 Im

Jahr 2001 legte das „[Aktionsprogramm zur Gleichstellung der Geschlechter](#) als Querschnittsaufgabe für die Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft für die Jahre 2001-2006“ die Grundlage für einen Ausbau der Kapazitäten der Europäischen Kommission in diesem Bereich.

Dann schaffte die [Verordnung Nr. 1567/2003](#) des Europäischen Parlaments und des Rates, die bis zum 31. Dezember 2006 galt, einen Finanzrahmen für die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der reproduktiven und sexuellen Gesundheit und der damit verbundenen Rechte.



DIE GRÜNEN - Monika Vana

1. Frauenrechte in der Entwicklungspolitik

Was kann aus Ihrer Sicht bis 2015 und darüber hinaus getan werden, damit in der EU-Entwicklungszusammenarbeit stärker als bisher die Lebensrealitäten von Mädchen und Frauen berücksichtigt und Frauenrechte gefördert werden?

Die Rolle der Frauen muss gestärkt werden, als Akteurinnen und in der Ausrichtung der Entwicklungsprogramme. Die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen müssen verbessert werden. Es ist wichtig, dass Frauen ihre Perspektive schon in den Politikgestaltungsprozess selbst einbringen können. Die Stimmen der entwicklungspolitischen Frauennetzwerke zu hören und ihre Expertise einzubeziehen ist ebenfalls ein Schritt, den ich unterstützen möchte.

Wie werden Sie sich für eine Stärkung der sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen und Mädchen einsetzen?

Ich halte das Selbstbestimmungsrecht für Frauen auch in Reproduktionsfragen für essentiell. Ein Schwangerschaftsabbruch soll für alle Frauen in Europa sicher und straffrei möglich sein. Das sollte aus meiner Sicht ein Frauenrecht sein. Dem Angriff von klerikalkonservativen Kräften auf die sexuellen und Reproduktiven Rechte von Frauen und Mädchen muss entschieden entgegen getreten werden. Auf Wiener Landesebene habe ich mich massiv für die Bannmeile um Gesundheitszentren, in denen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, zum Schutz der Frauen vor radikalen AbtreibungsgegnerInnen eingesetzt. Ich sehe die Ablehnung des Berichts "Rechte auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit" im EU-Parlaments vergangenen Dezember durch die konservativen Mehrheiten als Angriff gegen Frauenrechte, Selbstbestimmung und Emanzipation. Es braucht mehr Frauen im Europäischen Parlament, eine europaweite Frauensolidarität. Gemeinsames Auftreten von Frauen und fortschrittlichen Männern ist hier notwendig.

2. Politikkohärenz für Entwicklung: Handels-, Umwelt- und Klimapolitik

Was werden Sie tun, um Maßnahmen, die im Widerspruch zum Politikkohärenzgebot stehen und Frauen den Zugang zu Land, Saatgut und lokalen Märkten erschweren oder unmöglich machen, zu entschärfen oder ganz rückgängig zu machen?

Die Europäische Union bekennt sich zu Gender Mainstreaming. Dieses Instrument muss aus meiner Sicht endlich ernsthaft auf allen Ebenen und in allen Bereichen

Des Weiteren sah die [Verordnung \(EG\) Nr. 806/2004](#) des Europäischen Parlaments und des Rates, die bis zum 31. Dezember 2006 galt, einen Finanzrahmen von 9 Mio. EUR für die Finanzierung spezifischer Maßnahmen in diesem Bereich vor. Schließlich wurde die Gleichstellung von Frauen und Männern im [Europäischen Konsens](#) von 2005 als festes Ziel zur Armutsverringerung bezeichnet

angewendet und um Gender Budgeting werden, um alte Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen und um zu verhindern, dass neue Ausschlüsse und Verluste von Rechten, Zugang zu Ressourcen erfolgen. Es ist mir ein großes Anliegen auf europäischer Ebene gegen die Einflussnahme von Multinationalen Konzernen und deren Lobbyisten vorzugehen. Menschenrechte, Frauenrechte, Eigentumsrechte von Frauen dürfen nicht aus Profitgier von Multis ohne Rücksicht auf Verluste mit Füßen getreten werden.

Wie kann das Europäische Parlament zur Formulierung und Implementierung einer geschlechtersensiblen globalen Nachhaltigkeitsagenda beitragen?

Einerseits indem wir dafür sorgen, dass mehr Mittel für die Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt werden und der Druck auf die Mitgliedsstaaten erhöht wird, damit diese ihren Verpflichtungen nachkommen. Andererseits im dem ein Umsetzungsplan entwickelt wird, wie die Ziele der Entschlüsse des EP zur „Festlegung zu den Millenniums-Entwicklungszielen – Festlegung der Rahmenvorgaben für die Zeit nach 2015“, erreicht werden können. Geschlechtergerechtigkeit stellt sich nicht ein, nur weil es am Papier steht, die Europäischen Entwicklungszusammenarbeit muss dieser Zielformulierung konkrete Schritte folgen lassen. Zum Beispiel wie sie Länder unterstützen will bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Frauen in Entwicklungsländern Zugang zu Mitteln für klimarelevante Projekte finden?

Das ist für mich ganz selbstverständlich. Frauen sind von den Folgen des Klimawandels, von Umweltkatastrophen oder Energieknappheit oft besonders stark betroffen. Für mich heißt ein anderes, nachhaltiges, ressourcenschonendes Wirtschaften, dass Frauen inkludiert sind.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Verhandlung befindliche EU-Freihandelsverträge in Bezug auf ihre Auswirkungen auf die Demokratie, Geschlechtergleichstellung, Arbeitsrechte und Umweltstandards in allen beteiligten Ländern überprüft werden?

Ja, ich halte das für sehr wichtig, bestehende Freihandelsverträge kritisch zu evaluieren. Wir sehen jetzt bei den Verhandlungen zu TTIP, dass demokratische Rechte und Mitbestimmung, die Verbesserung von Sozialstandards außen vor sind. Darum muss TTIP gestoppt werden. Es muss einem Land beispielsweise möglich sein, Gesetze zur Gleichstellung von Frauen und Männer zu erlassen ohne dass es von einem Internationalen Unternehmen deswegen verklagt werden kann.

Wie stehen Sie zum Mechanismus privater Schiedsgerichte in Investitionsabkommen?

Ich halte private Schiedsgerichte bei Investitionsabkommen unvereinbar mit demokratischen Prinzipien. Es handelt sich dabei um Schattengerichte, die intransparent und im geheimen arbeiten. Demokratisch legitimierte Rechtsinstitutionen und -wege werden damit umgangen. Schiedsgerichte sind keiner nationalen Gesetzgebung und Kontrolle unterworfen. Außerhalb der Schiedsgerichte weiß niemand, was dort verhandelt wird.

3. Entwicklungsfinanzierung

Werden Sie sich für Gender-Budgeting in der EU-Entwicklungszusammenarbeit einsetzen? Welche Handlungsspielräume sehen Sie dafür in den nächsten Jahren?

Wie schon oben erwähnt, sind die Möglichkeiten, die Gender Budgeting bieten würde, noch kaum genutzt worden. Ich habe es auch in der Kommunalpolitik erlebt, dass ohne konkrete Ziele, Fristen, Maßnahmen und Ressourcen für den Prozess selbst Gender Budgeting ein Lippenbekenntnis bleibt. Die Europäische Union sollte hier den Mitgliedsstaaten ein besseres Vorbild sein. Ich werde insbesondere bei Budgetdebatten als EU-Parlamentarierin, so wie ich das bisher in meiner Funktion als Landtagsabgeordnete schon gemacht habe, Gender Budgeting einfordern.

Wie werden Sie sich für mehr Verteilungsgerechtigkeit in der EU sowie in Bezug auf die Länder des globalen Südens einsetzen – durch welche Maßnahmen?

Die Europäischen Grünen fordern, dass die Entwicklungspolitik der Europäischen Union und die der Mitgliedsstaaten Verteilungsgerechtigkeit als Ziel definiert. Wir brauchen dafür auch klare Indikatoren, mit denen wir messen können, ob die Geber- wie auch die Empfängerländer diese Ziele erreichen.

4. Politische Partizipation

Wie sollen Ihrer Meinung nach Frauen in den entwicklungspolitischen Dialog einbezogen werden?

Ja, das Bekenntnis zum Dialog alleine reicht nicht. Es müssen mehr Ressourcen für zivilgesellschaftliche Organisationen und für Menschen mit Migrationshintergrund bereit gestellt werden, um aktiv mitgestalten zu können. Das Prinzip der Diskussion auf Augenhöhe wäre wünschenswert. Die Grüne Fraktion im Europäischen Parlament hat sehr gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit und Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass jene Mittel der EU-Entwicklungszusammenarbeit, die direkt Frauenorganisationen oder –Institutionen zugute kommen, erhöht werden?

Ja.